Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 130 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 6. Juni 1932.

Regierung und Reichstag.

Die seit dem Rücktritt verstrichenen acht Tage haben mit erfreulicher Schnelligkeit jedenfalls eines herbeigeführt: die innenpolitische Klarheit. Der gleich zu Beginn stark in den Vordergrund gestellte Charakterzug des Präsidialkabinetts Papen ist womöglich noch schärfer beleuchtet worden durch den Beschluß der neuen Regierung, sich nicht das „zu ihrer Amtsführung notwendige" Vertrauen auch des Reichstages zu verschaffen, auch nicht den Versuch dazu zu machen, sondern den Reichstag aufzulösen. Man hat es auch unterlassen, dem Reichstag selbst die Todesstunde zu verkünden, sondern hat dies — was wohl in der Geschichte aller Parlamente einzig dasteht, aber gewissermaßen „modern" anmutet — auf dem Zeitungswege getan. Denn es war für das Kabinett nicht bloß zwecklos, sondern unter Umständen verfassungsgemäß nicht ganz ohne Gefahr, überhaupt vor den Reichstag zu treten. Denn im Falle einer Abstimmung z. B. über den bereits eingereichten Mißtrauensantrag wäre das Kabinett Papen in recht erheblicher Minderheit geblieben; hatte sich doch — was für den Reichstag entscheidend wurde — das Zentrum mit einer Schärfe gegen das Kabinett Papen ausgesprochen, die fast sensationell wirkte und durch den nachfolgenden Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Vorsitzenden des Zentrums noch vergrößert wurde. Selbst wenn also im Reichstag die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und sonstigen Parteien, die zur Regierung in Opposition gestanden hätten, nun für die Regierung Papen eingetreten wären, so hätte das längst nicht ausgereicht, um die Mehrheit zu bilden. Außerdem haben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen schon wiederholt die Auflösung des Reichstages verlangt, weil er nicht mehr der politischen Stimmung des deutschen Volkes entspreche. Mit dieser Begründung wurde der Reichstag durch den Reichspräsidenten aufgelöst. Durch diese Auflösung und durch die Neuwahlen stellt die Regierung sich vor das Volk direkt, um sich von ihm das Vertrauen oder das Mißtrauen votieren zu lassen. Auch wenn dann im Laufe dieses ersten Halbjahres das deutsche Volk tatsächlich zum vierten Male zur Stimmabgabe aufgefordert wird, so sollte es auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht durch Wahlmüdigkeit oder Wahlenthaltung zu einem unklaren Votum kommen dürfen. „Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist", heißt es im Schlußsatz der Regierungserklärung.

Für den Weg der Gegenwart, der nächsten Tage und Wochen enthält diese Erklärung allerdings kaum etwas, was über Andeutungen hinausgeht. Nur daß ein Teil der vom früheren Kabinett geplanten Maßnahmen durch Notverordnung Gesetz werden soll, wird direkt gesagt, im übrigen aber — und das erinnert an das Programm Macdonalds, als er im Herbst vergangenen Jahres zu den Wahlen aufrief — hütet sich die neue Regierung „Versprechungen zu machen". Denn wer kann denn heute für spätere Zeit überhaupt noch etwas versprechen! Der Staatsmann, der Wirtschaftsführer sicherlich nicht — so etwa äußerte sich damals Macdonald. Und heute, im rasenden Herumwirbeln des Rades der Geschichte, an das wir alle gekettet sind, sind Versprechungen erst recht nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben werden. Die Regierung „will handeln und man soll sie nach ihren Taten beurteilen". Sie hat es jedenfalls vermieden, in ihrer Erklärung außenpolitisch allzu weitgehende Forderungen zu stellen, wählt hierbei vielmehr Formulierungen, die sich mit den früher gebrauchten so ziemlich decken. „Völlige Gleichberechtigung", „politische Freiheit", „Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung", sind ja auch wirklich „nationale Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt". Schon in den nächsten Wochen wird die Regierung sie im Ausland und vor dem Ausland vertreten müssen.

Die frühere Tätigkeit des Reichskanzlers in den USA.

Eine amtliche Stellungnahme.

Amtlich wird mitgeteilt: In einem Teil der deutschen Presse sind Nachrichten verbreitet, die sich mit der früheren außenpolitischen Tätigkeit des Reichskanzlers in den Vereinigten Staaten von Amerika befassen. Diese Nachrichten stützen sich zum größten Teil auf die Wahrheit völlig entstellendes Propagandamaterial unserer früheren Gegner aus dem Weltkriege.

Nach Auffassung der Reichsregierung ist es ein Standpunkt jedes vaterländisch denkenden Menschen unverständliches Verhalten, wenn derartiges Material dazu mißbraucht wird, um das Ansehen des Reichskanzlers vor dem In- und Auslande herabzusetzen. Die Reichsregierung ist entschlossen, einer derartigen Brunnenvergiftung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Das neue Regierungsprogramm

„In einer der schwersten Stunden."

Die Erklärung der neuen Reichsregierung.

Die in der Kabinettssitzung beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt,

eine klare Bilanz der Lage

zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform,

Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation

— ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankerott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich

ständig steigernden Staatssozialismus

die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den

unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf

und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung des atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parität willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß

eine klare Entscheidung

darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen. Damit

die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen

zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen

Störungen auf dem Gebiete des Geld und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches,

die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziel dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die

Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen."

*

Neue Notverordnung zum Wochenende.

Aufhebung aller bisherigen politischen Notverordnungen.

Zu der vom Reichsinnenminister, Freiherrn von Gayl, in Königsberg angekündigten Neuregelung der verschiedenen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wird von unterrichteter Seite bekannt, daß im Reichsinnenministerium bereits der Entwurf einer entsprechenden Notverordnung fertiggestellt ist, der als erstes das Reichskabinett bei seinem Wiederzusammentritt, voraussichtlich am Dienstag, beschäftigen wird.

Die neue Notverordnung soll zunächst alle bisherigen politischen Notverordnungen (nicht die wirtschaftlichen) aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung enthalten.

Aufgehoben würde vor allem das SA.- und SS.-Verbot sowie das Uniformverbot. Die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit würden in weitestem Umfange wiederhergestellt.

Bestehen bleiben

in erster Linie die Bestimmungen über Waffenbesitz und Waffentragen, ferner einige Bestimmungen, die grobe, unrichtige Angriffe in der Presse und in Versammlungen verhindern sollen. Auch das Kontrollrecht des Reiches über die Wehrverbände dürfte aufrechterhalten bleiben.

Mit der Veröffentlichung der Notverordnung ist Ende der Woche zu rechnen.

*

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl über seine Aufgabe.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl gab in Königsberg eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Zusammensetzung des Kabinetts sei in besonderem Maße für Ostpreußen von Bedeutung von Bedeutung. In die Hände der beiden ostpreußischen Minister sei die Bearbeitung der Osthilfefragen gelegt. Vor seinem Eintritt in das Kabinett habe er eine Aussprache mit Geheimrat Hugenberg gehabt, in der festgestellt worden sei, daß die Deutschnationale Volkspartei zunächst ruhig abwarten werde, wie sich die weitere Tätigkeit des neuen Reichskabinetts gestalten werde. Alle Kabinettsmitglieder hätten ihren Austritt aus den ihnen nahestehenden Parteien erklärt. Auch sein Amt im Reichsrat habe er niedergelegt.

Auf die Frage nach dem Programm für sein Ressort — insbesondere hinsichtlich des SA.-Verbots — erklärte der Innenminister, in kürzester Zeit werde eine Neuordnung und Neufassung sämtlicher Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergehen, durch die alle Ungerechtigkeiten gegenüber der nationalen Bewegung aufgehoben werden würden.

Die Regierung werde es sich angelegen sein lassen, nicht nur für Ruhe und Ordnung, sondern auch für das Recht und die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers zu sorgen. Schließlich stellte der Minister noch die Gerüchte richtig, die über die angeblich geplante alsbaldige Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen in Umlauf seien.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF